

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 2

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Dezembernummer der DDR-«Armeerundschaу» (ar), Titelseite: «Startbereit»!

Der Kommentar

Angebot von «Gewaltverzicht»

In den Jahren der «neuen Ostpolitik» und der «Entspannung» wurden Osteuropa noch und noch Westkredite zur Verfügung gestellt. Die Verschuldung nahm von 6 Milliarden Dollar 1970 auf über 80 Milliarden Dollar 1982 zu. Mit dieser Finanzspritze hat Moskau die militärische Überlegenheit in Europa erzielt.

Gegen Ende der siebziger Jahre erwachten dann etliche Schläfer im Westen. In der Nato wurde das Problem mit wachsender Sorge diskutiert und am 12. Dezember 1979 der Nachrüstungsbeschluss gefasst. Er bezweckte eine Modernisierung der inzwischen und besonders gegenüber den neuen sowjetischen SS-20-Raketen – von denen gegenwärtig 243 gegen Westeuropa in Stellung stehen – veralteten Pershing-Raketen.

Diesen Beschluss wollte die Sowjetunion verhindern. Daher zögerte sie mit der Invasion in Afghanistan, daher drohte Aussenminister Gromyko im Herbst 1979 anlässlich seines damaligen Besuches in der Bundesrepublik Deutschland, daher ist seither die sogenannte Friedensbewe-

gung im Westen ausserordentlich intensiviert worden. Zum gleichen Zweck weilt Herr Gromyko erneut in der Bundesrepublik. Moskau versucht, auf subtile Weise und in getrennten Gesprächen mit Oppositionsführer Vogel und Bundeskanzler Kohl Einfluss auf die deutschen Bundestagswahlen vom 6. März zu nehmen: Nichts käme der Sowjetunion gegenwärtig wohl gelegen als eine Rückkehr der SPD an die Macht, zu welchem Zweck der Oppositionsführer vielleicht gewisse Konzessionen einräumt, die Helmut Schmidt als Kanzler kaum je gemacht hätte.

Das Gewaltverzichtangebot der Warschau-Pakt-Staaten vom 6. Januar dient dem gleichen Ziel einer Fortschreibung der sowjetischen militärischen Überlegenheit. Das Angebot ist ein Unding: Wer Gewalt nicht anzuwenden gedenkt, bezeugt es durch sein Verhalten. So hat die Nato noch nie Gewalt angewendet, und keine westliche Regierung hat je das Ziel aufgestellt, mit Taten verfolgt und überdies ideologisch begründet, Osteuropa dem «siegreichen Kapitalismus» zu erschliessen. Auch als der Westen bis Ende der sechziger Jahre militärisch überlegen war, als die USA nach dem Krieg das Atombombenmonopol besaßen, ist die Sowjetunion nie bedroht worden.

Anders die Sowjetunion. Sie hat Gewalt eingesetzt: in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der

CSSR 1968. Nur in «ihrem Herrschaftsbereich» also? Zweifellos. Aber zu ihrem Herrschaftsbereich zählt sie die ganze Welt. Lenin hat das ideologisch festgelegt, Breschnew hat es in der nach ihm benannten Doktrin 1969 formuliert, Afghanistan hat es bewiesen.

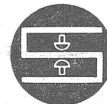
Wie ernsthaft ist es, wenn der neue Herr im Kreml, der allerdings als Botschafter in Budapest 1956 am grausamen Wortbruch gegenüber Ministerpräsident Nagy persönlich beteiligt war, nun ein Angebot von Gewaltverzicht unterbreitet?

Ganz so wertlos ist das Papier nicht, auf dem das Angebot steht. Die Sowjetunion handelt nämlich erstmals seit Abschluss des Zweiten Weltkrieges nicht aus einer Position der Stärke, sondern der Schwäche. Die Schwierigkeiten in der Produktion, im Export, im Schuldendienst und in der Konsumgüterversorgung sind unübersehbar geworden, die Kosten für das weltweite Engagement stiegen ins Unermessliche. Die UdSSR kann einen Rüstungswettlauf nur noch verlieren. Begreiflich, dass sie sich mit einem einseitig den Westen verpflichtenden Vorschlag auf Abrüstung eine Atempause verschaffen will.

Daher ist der Westen gut beraten, für «weichere» Forderungen «hart» einzutreten, das heisst: bestimmt und entschlossen in kleinen Schritten der Sowjetunion Konzessionen abzuringen.

Peter Sager

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41,
3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD**
zu Fr. 39.— (Ausland sFr. 42.—/DM 48.—).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name	Vorname
Strasse	PLZ, Ort
Datum	Unterschrift

Ein behördlich genehmer Streik in der Sowjetunion?

«Arbeitsunterbruch»

in Tiflis

Ganz entgegen ihrer Gewohnheit hat die Sowjetpresse von einem Arbeitsunterbruch auf dem Territorium der UdSSR berichtet, und sogar in zustimmendem Sinne.

Das Wort «Streik» ist dabei freilich wie üblich vermieden worden. Er darf nach traditioneller Lesart in sozialistischen Verhältnissen nicht vorkommen, weil «der Arbeiter nicht gegen die Arbeitermacht streiken kann».

Das nicht näher beschriebene Ereignis, von dem man aufgrund einer Verlautbarung des Allunionsrates der Gewerkschaften in Moskau erfuh, fand in einem Betrieb der georgischen Hauptstadt Tiflis (Tbilissi) statt. Anscheinend weigerte sich die Belegschaft, zur Arbeit zu erscheinen, nachdem Ventilation und Rauchabzugssystem der Fabrik zusammengebrochen waren.

Die kurze Erwähnung in den sowjetischen Medien enthält noch eine weitere Neuigkeit. Der Arbeitsstopp sei, so heisst es, wegen Verletzung der Sicherheitsbestimmungen von der lokalen Gewerkschaft ausgerufen worden. Die Schuld am Vorfall wird der Betriebsleitung gegeben, welche sich über die bestehenden Vorschriften in flagranter Weise hinweggesetzt habe. Nach Behebung der Schäden sei die Belegschaft zur Arbeit zurückgekehrt. Man habe ihr den vollen Lohn für die ausgefallene Arbeitszeit ausgerichtet.

Wenn sich der Vorgang wirklich so abgespielt hat, entspricht er den sowjetischen Gepflogenheiten nicht.

Zwar kommen «Arbeitsunterbrüche» (Streiks) in der Sowjetunion sporadisch durchaus vor (Zeit-Bild hat darüber verschiedentlich berichtet), aber sie werden normalerweise nur durch das Untergrundschrifttum bekannt, den Samisdat. Meist handelt es sich um kurze Protestaktionen, die sich auf einige Stunden oder höchstens Tage beschränken und gegen konkrete Missstände richten, zum Beispiel willkürliche Lohn- oder Prämienkürzungen, unzumutbare Arbeitsbedingungen usw.

Sodann handelt es sich sonst um spontanes Aufbegehren einer Betriebs- oder auch nur Abteilungsbelegschaft, und zwar ausgesprochen gegen den Willen der Gewerkschaft. Diese hat in der Sowjetunion den erklärten Auftrag, für Arbeitsdisziplin zu sorgen und jeden Bruch mit ihr zu verhindern. Sie hält im Normalfall zur Betriebsleitung, denn sie hat den gleichen staatlichen Arbeitgeber wie diese. Streikaktionen werden in der UdSSR typischerweise so behandelt, dass man kurzfristig die Hauptforderungen der Belegschaft erfüllt (oder zu erfüllen verspricht), später aber die Anstifter und Rädelsführer der Streiks

unter irgendwelchen Vorwänden entlässt; zuweilen auch bestraft, wegen Sabotierung der Arbeitsdisziplin.

Der Fall in Georgien wäre also atypisch verlaufen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Sache mit einem spontanen Streik der Belegschaft anfang, dem sich die lokale Gewerkschaft entgegen den Gebräuchen auf Befehl von oben nachträglich anschliessen musste, weil die Gesundheitsgefährdung solche Ausmasse angenommen hatte, dass man ein Exempel statuieren wollte. Vielleicht wird man noch durch einen Samisdat-Bericht mehr darüber erfahren.

Andererseits ist in den sowjetischen Darstellungen seit letztem Jahr ein leichter Wandel des Themas Streik festzustellen (siehe ZB, Nr. 6/1982). Früher galt der Streik als absolut unmöglich, heute bezeichnet man ihn eher als möglich, aber unnötig. In einem Nowosti-Interview hatte N. Dragunow, der Vorsitzende einer Branchengewerkschaft, vor knapp einem Jahr erklärt: «Rechtlich gesehen ist streiken möglich. Unsere Gesetze verbieten es nicht. Ich bin der Meinung, dass eine Arbeitsniederlegung, wenn alle andern Kampfverfahren erschöpft sind, eine grossartige Waffe des Proletariats ist. Aber wozu sollen sowjetische Gewerkschaften offene Türen einrennen? Kommt es zu einem Konflikt, so können wir ihn auch selbst schlichten.»

So oder anders ist das Ereignis der georgischen «Arbeitsniederlegung» vermerkenswert. ■

In Kürze

Ein slowakischer Besucher im Westen hat vor seiner Rückkehr über die Zustände in seiner Heimat in einem Brief unter anderm geschrieben:

«Ihr würdet die Slowakei heute nicht wiedererkennen. Die Jugend ist zwar nicht so verwöhnt und haltlos wie im Westen, aber sie ist völlig demoralisiert. Unsere grösste Sorge sind die hohen Lebenskosten und der Mangel an Waren, besonders an Lebensmitteln. Es fehlt an Mehl und häufig an Salz. Streichhölzer sind kaum aufzutreiben, Seife und andere Reinigungsmittel überhaupt nicht. Der Benzinpreis ist drastisch gestiegen. Für eine Tankfüllung müssen junge Leute einen Drittel ihres Monatslohnes ausgeben. Wenn ihr lesen könntet, was an den Wänden von Bahnhöfen und Toiletten über Gustáv Husák geschrieben steht...»

★

In Albanien mit seinen knapp 3 Millionen Einwohnern gibt es laut jugoslawischen Presseberichten noch heute 30 000 Personen in Konzentrationslagern.

★

Zu den offiziell gepflegten Monumenten der lettischen Hauptstadt Riga gehört ein Freiheitsdenkmal; die Letten haben ja laut amtlicher Version ihre wirkliche Freiheit im Schosse der Sowjetvölker gefunden. Am 17. November letzten Jahres aber stellte man Absperrungsschranken um das Denkmal auf. Grund: Man befürchtete

dort unerwünschte Zusammenrottungen am 18. November, dem früheren Unabhängigkeitstag der Republik.

Am fraglichen Datum führten Polizei und Sicherheitsdienst etliche Passanten ab, die in der Nähe des eingezäunten Denkmals stehengeblieben waren. Auf dem Polizeiposten wurden die Personalien der Festgenommenen registriert. Die Absperrung begründeten die Behörden übrigens mit Renovationsarbeiten. Nur fanden dann keine solchen statt.

★

Drei Angestellte des Fleischkombinats Vohma in Zentralestland (zwei von ihnen Parteimitglieder und einer von ihnen ein Vizedirektor) sind letztes Jahr in Viljandi zu je 2 Jahren Straflager verurteilt worden, und zwar wegen «böswilligem Hoolliganismus». Sie hatten mit einem Luftgewehr auf ein Breschnew-Bild geschossen. ■

Flashes aus Polen

Notizen eines Schweizer

Moskau, Sommer 1981. Ein angetrunkenen Russe hört einen Polen sprechen.

– «Bist du ein Pole?»

– «Ja!»

– «Kommst du aus dem Land der «Solidarnosc?»»

– «Ja!»

Da fiel der Russe dem Polen um den Hals, küsste ihn und – entflo.

Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger war Ende 1982 in Polen sehr populär wegen seines Ausspruchs: «Jaruzelski ist ein sowjetischer General in polnischer Uniform.» Diese Umschreibung entsprach genau dem Fühlen und Denken der Polen, die etwa sagten: «Was ist das für ein polnischer General, der seinem eigenen Volk den Krieg erklärt?»

Ein älterer Betrunkener 1982 in der Warschauer Strassenbahn: «Ist Krieg oder ist nicht Krieg?» Nach einer Weile: «Ist Krieg oder ist nicht Krieg?» Dann nochmal: «Ist Krieg oder ist nicht Krieg?» Endlich sagte ihm jemand: «Ja, es ist Krieg!» – «Dann will ich nach Deutschland arbeiten gehen!»

«Wracaj, Edziu, do koryta, lepiej zlodzei niż bandyta.» Komm, Edward, an den Futtertrög zurück; besser einen Gauner als einen Banditen.

«Der gesunde Kern des polnischen Patriotismus ist bei den Arbeitern und Bauern; die Intelligenz neigt zu sehr zum Manövrieren.»

«Walesa ist nach Pilsudski der zweite nationale Führer Polens.» ■

Das Dokument

Zeugenaussagen vor CH-Internierung

Am 13. Januar dieses Jahres veröffentlichte die russischsprachige Pariser Zeitung «Russkaja mysl» einen Brief von Sowjetsoldaten und schrieb dazu:

«Vor einigen Monaten wurden zwei weitere sowjetische Kriegsgefangene aus Afghanistan in die Schweiz verbracht: Viktor Saposchnikow und Hassan Agadschanow. Vor ihrer Abreise wandten sich die ehemaligen Sowjetsoldaten mit einem Brief an ihre Dienstkameraden, die zur Teilnahme an der Schlächtereier in Afghanistan gezwungen sind.»

Wir vermitteln den etwas gekürzten Text weiter.

An die Sowjetsoldaten in Afghanistan

Wir, Viktor Wladimirowitsch Saposchnikow und Hassan Malikowitsch Agadschanow, sind ehemalige Sowjetsoldaten, die sechs Monate auf dem Flugplatz Bagram Dienst getan haben.

Dienstkameraden! Als man uns aus der Sowjetunion nach Afghanistan schickte, sagte man uns, wir würden gegen amerikanische, chinesische und pakistanische Truppen kämpfen, welche Afghanistan mit Gewalt erobern wollten. Erst hier haben wir erfahren, was für eine Lüge das war, erst hier haben wir mit eigenen Augen gesehen, dass es hier keinerlei ausländische Truppen gibt ausser den sowjetischen. Und die tapferen

Afghanen kämpfen mit sehr einfachen Waffen in Händen für ihre Freiheit und Unabhängigkeit. (...)

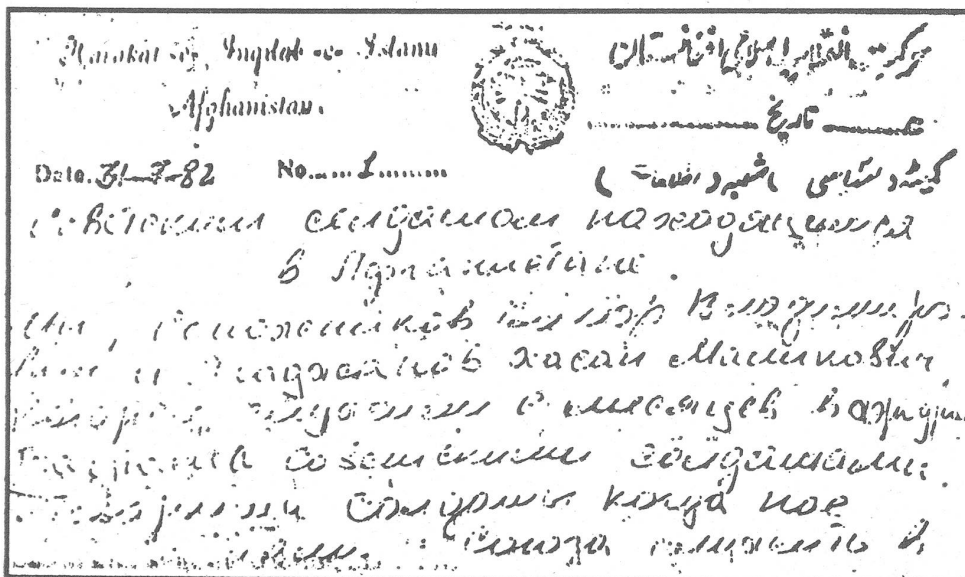
Kameraden, überlegt selber: Ist das etwa ein gerechter Krieg, den wir gegen die Afghanen führen, die für ihre Unabhängigkeit und für die Ehre ihres Volkes kämpfen? Entspricht das, was die Sowjetsoldaten in Afghanistan tun – Dörfer und Städte bombardieren, Frauen und Kinder ermorden – etwa dem menschlichen Gesetz oder den Gesetzen der UNO? Selbstredend nicht. Und ihr werdet wahrscheinlich früher oder später mit uns einverstanden sein.

Freunde, man hatte uns gesagt, alle Afghanen seien Banditen und Konterrevolutionäre, die alles im Umkreis töten und vernichten würden. Aber das ist eine weitere Lüge unseres Staates.

Jetzt haben wir sie näher kennengelernt und sehen mit eigenen Augen, dass sie gute und gewissenhafte Leute sind. Sie kämpfen heldenhaft gegen ihre Feinde und Eroberer, aber sie verhalten sich gut zu ihren Freunden und halten alle Gesetze der internationalen und zwischenmenschlichen Beziehungen ein. Bloss unser Staat und die Parteiführer halten keinerlei Gesetze ein. (...)

Freunde, unsere Partei und Regierung möchten der Welt beweisen, dass das, was jetzt in Afghanistan vor sich geht, ein Werk der Amerikaner sei. Aber das ist nicht wahr; die Wahrheit ist, dass die Afghanen selber für ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen. Wenn die Amerikaner ihnen mit Lebensmitteln helfen, so deshalb, weil das afghanische Volk das tatsächlich nötig hat und die Amerikaner aus ihrem menschlichen Verhalten all das tun, aber keinerlei Nutzen für sich daraus ziehen. Deshalb, Freunde, möchten wir euch den Rat geben, nicht auf die verlogene Propaganda unserer Regierung zu hören. Und: Man muss Schluss machen mit diesem ungerechten Krieg. Gebt an alle die Wahrheit weiter, die wir euch hier sagen.

Viktor Saposchnikow
Hassan Agadschanow



Der Beginn des Schreibens. Faksimile aus «Russkaja mysl».

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a.M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

	Schweiz	Ausland*
	Fr.	SFr./DM
Jahresabonnement	39.—	42.—
Einzelnummer	2.—	2.50
Jahresabonnement für Studenten, Lehrlinge und Schüler	25.—	28.—

*Luftpostzuschläge auf Anfrage

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Ernest Schmidt, Dr. Max Keller, Ian Tickle, Saulo Herrero, Dr. Chien-jen Chen, Dr. Bohdan Gorski

Korrespondenten

Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis (Bern), Georg Bruderer (Bern).

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 8

Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern,
Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information
über internationale Entwicklungen

SOI-Informationsträger

- Etudes politiques (Monatszeitung)
- SOI-Bilanz (monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)
- Informationsdienst (Übersicht über die Presse kommunistischer Staaten)
- Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung Osteuropas)
- Swiss Press Review and News Report (Artikel für die Presse Asien und Afrika)
- Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)
- Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (Artikel für die Presse Lateinamerika)
- Nashrat as-Sahata as-Swissaria (Artikel für die arabische Presse)
- Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
- Vortragsdienst
- Buchhandlung
- Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und Meinungen)